

Fracking ?"Ni ici, ni ailleurs"; "Weder hier noch anderswo!"



Der Global Frackdown Day – der internationale Tag des Verbots von Fracking wird auch in Weiden begangen. Überall auf dem Planeten zeigen die Menschen ihre gemeinsame Forderung – ein **weltweites Verbot von Fracking** – in einzigartiger, kreativer und unmissverständlicher Weise!

Am Samstag ab 11 Uhr am Brunnen nahe Oberer Markt in Weiden versammeln sich Unterstützer von Abgefrackt – Bündnis Weidener Becken gegen Fracking, um diese schädliche Energiegewinnung zu „schreddern“.

Mit dem Fracking-Gesetz der Bundesregierung sind für uns keineswegs die Probleme gelöst. SPD und CSU haben es nicht geschafft, ein klares, umfassendes Fracking-Verbot auszusprechen, sie wollen Probebohrungen zulassen, weiterhin alte Gasfelder fracken und in wenigen Jahren noch einmal darüber nachdenken, Fracking doch noch flächendeckend zu erlauben.

Das beunruhigt uns, denn der Klimawandel schreitet voran. Wir haben es auch dieses Jahr gemerkt, dass sich ausgedehnte Dauerregen- oder Starkregenperioden und Trockenperioden abwechseln. Das ist kein Ausrutscher, sondern eine Entwicklung, die sich fortsetzen wird, wenn wir uns nicht schnellstmöglich von fossilen Brennstoffen verabschieden. Dazu gehört Erdgas aus Fracking, das die Bundesregierung jetzt sogar auf dem Seeweg importieren will, aber auch herkömmliches Gas, das auf dem gesamten Förderweg Methan freisetzt – ein Klimakiller, der 80mal schädlicher ist als CO₂. Das heißt, Gas ist keine saubere Zwischenlösung, sondern annähernd so schädlich wie Braunkohle.

Und weil wir die Braunkohleförderung beenden müssen, schreddern wir auch die Monstertrasse, egal ob oberirdisch oder als Erdkabel, denn sie wird keineswegs Windstrom transportieren, sondern Braunkohlestrom aus der Lausitz sowie Atomstrom aus Temelin. Wir von Abgefrackt meinen: Die Oberpfalz ist erneuerbar, und sie wird sich nicht als Korridor für dreckige Energie hergeben.

Zur Frage der rechtlichen Möglichkeiten, ein Frackingverbot zu erreichen berichtet Hilde Lindner-Hausner vom Bundestreffen der Gegengasbohren-Initiativen in Niedersächsischen Quakenbrück an dem sie Anfang Oktober teilnahm. Sie informierte über die Vorbereitung einer Klage vor dem UN Aarhus Komitee in Genf. Bei Fracking sowie Gas- und Öl-Förderung sieht das Bundeswirtschaftsministerium im Fracking-Gesetz keinen bundesweiten Plan vor, obwohl selbst die Europäische Union dies empfiehlt. Da die Regierung das nicht freiwillig ändern wird, geht auch hier wie bei den Stromtrassen der Weg nur über die UN. Ein Aarhus Gutachten wurde beim Ökobüro Wien beauftragt.

V.i.S.d.P.: Sonja Schuhmacher, Fichtestraße 69, 92637 Weiden
Hilde Lindner-Hausner, Mühlberg 12, 92702 Kohlberg